

Unabhängigkeit, Freiheit, Europäische Wahl

Im Spätherbst 2010 finden aller Voraussicht nach die nächsten Präsidentschaftswahlen in Weißrussland statt. Kaum jemand zweifelt daran, dass Alexander Lukaschenko dann für eine vierte Amtszeit kandidieren wird. Ein umstrittenes Referendum aus dem Jahr 2004 macht das möglich. Wer aber werden die Gegenkandidaten sein? Wird sich die demokratische Opposition auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen können? Wie bereiten sich die demokratischen Parteien in Weißrussland auf das Wahljahr vor? Was sind zurzeit die bestimmenden Themen?

Gelang es der demokratischen Opposition in Weißrussland bei den letzten Präsidentschaftswahlen im März 2006 noch überraschend, sich hinter einem gemeinsamen Kandidaten zu vereinigen, war es mit dieser Einigkeit nach der verlorenen Wahl schnell vorbei. Fast drei Jahre lang beschäftigten sich praktisch alle unabhängigen Akteure mit internen Streitigkeiten und verschwanden folgerichtig in der politischen Bedeutungslosigkeit. Lukaschenko hatte leichtes Spiel und hätte vermutlich auch ohne mediale Indoktrination mit relativ hohen Zustimmungswerten in der Bevölkerung regiert.

Der Krieg zwischen Russland und Georgien sowie die globale Finanzkrise, die Weißrussland hart getroffen hat, sorgten für grundlegend veränderte politische Rahmenbedingungen. Beide Ereignisse haben weitreichende Auswirkungen auf die innenpolitische Situation im Land. Die Annäherung von Weißrussland und der EU, die in Folge des Konfliktes im Südkaukasus

seit August 2008 zu beobachten ist, hat auch innerhalb der demokratischen Opposition zu einer Art Konsolidierung geführt. Persönliche Differenzen sind in den Hintergrund getreten, dafür stehen sich zwei Fraktionen gegenüber, die in wesentlichen Fragen deutlich unterschiedliche Positionen vertreten: ein pro-europäischer Block und die traditionelle Koalition der Vereinigten Demokratischen Kräfte.

Pro-Europäischer Block:

a. Milinkiewitsch, „Für die Freiheit“

Die pro-europäische Fraktion im demokratischen Spektrum plädiert für eine Stärkung des europäischen Vektors in der belarussischen Außenpolitik und eine möglichst weitreichende Teilnahme von Weißrussland an dem Programm der Östlichen Partnerschaft. Sie ist grundsätzlich zu einer Zusammenarbeit mit dem Regime von Lukaschenko bereit, sollte das zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen der EU und Weißrussland beitragen. An der Spitze dieser Fraktion steht Alexander Milinkiewitsch mit seiner Bewegung „Für die Freiheit“. Milinkiewitsch ist der einzige prominente Oppositionspolitiker, der im Oktober 2008 die Entscheidung der EU begrüßt hatte, das Einreiseverbot für Lukaschenko und weitere Offizielle auszusetzen. Dafür war ihm innerhalb der Opposition Verrat vorgeworfen worden. Er wird hauptsächlich von den Christdemokraten unterstützt und findet daneben breite Zustimmung unter der Mehrzahl der unabhängigen Jugendorganisationen, die vor kurzem mit einer bemerkenswerten Initiative an die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BELARUS

STEPHAN MALERIUS

24. Juli 2009

www.kas.de

Öffentlichkeit getreten sind: Eine Gruppe von prominenten Vertretern einer neuen Politikergeneration in Weißrussland veröffentlichte im Mai ein Manifest, in dem sie ihre Bereitschaft erklärte, die Verantwortung für das Land und die notwendigen Veränderungen zu übernehmen. Unter den Schlagworten „Unabhängigkeit, Freiheit, europäische Wahl!“ heißt es, „Belarus soll ein Teil des europäischen Integrationsprozesses werden und seine Wirtschaft, sein politisches und sein Rechtssystem entsprechend den EU-Mitgliedskriterien reformieren.“ Eine Rückkehr von Weißrussland in die europäische Familie freier Nationen sei nur dadurch möglich, dass „die Gesellschaft die europäischen Werte zurückerhalte“, zuallererst seien das christliche und demokratische Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Ehrlichkeit, Hingaben an die eigene Sprache und Kultur. Weiter heißt es, die Gruppe unterstütze Alexander Milinkiewitsch in seinen Bemühungen, die Beziehungen zwischen Weißrussland und der EU zu entwickeln mit dem Ziel, die Unabhängigkeit des Landes auf den Grundlagen von Demokratie und der Achtung von Menschenrechten zu sichern.

Im Herbst plant Milinkiewitsch ein „Europäisches Forum“, das zu einer weiteren Konsolidierung der pro-europäischen Kräfte in Weißrussland beitragen soll. In über 80 regionalen Treffen werden zuvor Delegierte für das Forum bestimmt, an dem grundsätzlich alle demokratischen Kräfte im Land teilnehmen können. Im Anschluss ist „eine intensive Arbeit für eine Europäisierung von Belarus“ vorgesehen. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass während des Forums Milinkiewitsch als Präsidentschaftskandidat eines pro-europäischen Blocks nominiert wird. Hervorzuheben ist, dass dies bislang vor allem Absichtserklärungen sind. Wie die politische Agenda der pro-europäischen Fraktion aussieht oder was unter „Europäisierung von Belarus“ verstanden wird, ist bislang nicht erklärt worden.

b. Belarussische Partei der Christlichen Demokratie (BChD)

Die aktivste Kraft in der demokratischen Opposition ist gegenwärtig die Belarussische Partei der Christlichen Demokratie. Die Partei wurde 2005/2006 informell von Personen gegründet, die vor allem aus der Jugendbewegung Malady Front/Junge Front stammen. Sowohl die Parteiführung (besteht aus vier „Ko-Vorsitzenden“) als auch den Kern der Parteiaktivisten bilden ganz überwiegend junge Politiker, die für einen Generationenwechsel in der Oppositionsbewegung stehen. Die BChD ist eine der Initiatoren des oben genannten Manifestes. Obwohl sie im Mai einen eigenen „Präsidentschaftskandidaten“ gekürt hat, erklärt die Partei ihre Unterstützung für eine Kandidatur von Milinkiewitsch und nimmt zudem aktiv an der Vorbereitung des Europäischen Forums im Herbst teil.

Es hat bislang drei Versuche gegeben, die BChD zu registrieren. Alle Anträge wurden abgelehnt, zuletzt verweigerte das Justizministerium in Minsk am 12.05. die Registrierung und nannte als Begründung eine Reihe technischer Probleme hinsichtlich Protokoll und Teilnehmerliste des Gründungskongresses. In den Wochen nach dem Kongress waren zahlreiche Mitglieder der BChD vor allem in den Regionen von den Sicherheitsbehörden u.a. unter Androhung des Verlustes des Arbeitsplatzes massiv unter Druck gesetzt worden. Der Vorgang zeigt, dass die Behörden die BChD als eine ernstzunehmende Oppositionsbewegung einschätzen und fürchten, eine Legalisierung der Partei könne ihr zu einem noch stärkeren Zulauf verhelfen. Die Parteiführung geht davon aus, dass sich die Mitgliederzahl im Falle einer Registrierung der BChD mit einem Schlag verdoppeln würde.

Die BChD hat bereits jetzt Ableger in gut 100 kleineren und größeren Städten in Weißrussland. Sie stützt sich auf einen Kern von Mitgliedern in den Kirchengemeinden, die zu den gesellschaftlich aktivsten Gruppen im Land gehören und wird dabei von Vertretern aller christlichen Konfessionen in Weißrussland (Protestantismus, Katholizismus, Orthodoxie) getragen. Das Hauptproblem der BChD ist ihre starke Fokussierung auf

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.	religiös-soziale Themen (Abtreibung, starke Familie, Okkultismus) und die Besetzung von unausgewogenen und radikalen Positionen. Zugleich fehlt der Partei bislang noch ein breites politisches Profil.	unglaublich, da nicht vorstellbar ist, wie die marktliberalen Experten der Bürgerpartei und die Kommunisten zu einer kohärenten Wirtschaftspolitik finden wollen. Weitere programmatische Akzente setzt die VDK nicht, und die Position zur Annäherung zwischen Weißrussland und Europa beschränkt sich auf einen umfassenden Katalog von politischen Forderungen an das Regime Lukaschenko sowie die Aufforderung an Europa, diesen Katalog zu übernehmen. So richtig die Punkte im Einzelnen sind, so unrealistisch und belanglos ist der Katalog für einen kurz- oder mittelfristigen Demokratisierungsprozess, da seine Umsetzung pragmatisch gesehen Jahre dauern würde.
BELARUS		
STEPHAN MALERIUS		
24. Juli 2009	Traditioneller Block:	
www.kas.de	a. Vereinigte Demokratische Kräfte (VDK)	
	<p>Dem pro-europäischen Block stehen die Vereinigten Demokratischen Kräfte (VDK) gegenüber, die seit Jahren für sich reklamieren, eine relativ geeinte demokratische Opposition in Weißrussland zu repräsentieren. Der Kern der VDK ist jedoch mittlerweile auf drei Parteien geschrumpft, deren gemeinsamer Nenner der Widerstand gegen das Regime Lukaschenko ist. Programmatisch liegen zwischen den Kommunisten, der Belarussischen Volksfront (BVF) und der Vereinigten Bürgerpartei (VBP) Welten. Die Forderung des Vorsitzenden der Kommunisten beispielsweise, dass Weißrussland Abchasien und Südossetien anerkennen solle oder seine Äußerung, dass Russland das Recht habe, die Krim zu annektieren, sind sowohl für die BVF als auch die VBP nicht akzeptabel. Alle Parteien in dieser künstlichen Koalition befinden sich einzeln betrachtet in einer tiefen Krise. Während sich die Kommunisten kürzlich einen neuen Namen (und ein neues Image) zu geben versuchten, um jüngere „Wähler“schichten anzusprechen, ist die BVF durch zahlreiche interne Spaltungen und Parteiausschlüsse in den letzten Monaten stark geschwächt und droht auf einem Parteitag Anfang September vollends auseinander zu brechen. Bei der VBP schließlich laufen mehrere regionale Strukturen zu Milinkiewitsch über, und das Parteizentrum in Minsk droht die Kontrolle über die Ableger in den Regionen zu verlieren.</p>	<p>Da es der VDK über Jahre nicht gelungen ist, einen nennenswerten Bekanntheitsgrad im eigenen Land zu gewinnen, ist nicht zu erwarten, dass die Koalition mit dem Vorhaben, bis zum Frühjahr 2010 einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten zu küren, auf große Resonanz in der Bevölkerung stoßen wird.</p>
		b. Kozulin
		<p>Ein weiteres politisches Schwergewicht in der demokratischen Opposition ist Alexander Kozulin, bis 2003 Rektor der staatlichen Universität in Minsk, 2006 neben Milinkiewitsch Präsidentschaftskandidat, aufgestellt von einer der verschiedenen sozialdemokratischen Parteien, die er im Jahr zuvor mit einem Coup übernommen hatte. Während der Auseinandersetzungen nach den Wahlen im März 2006 wurde Kozulin festgenommen und zu fünf Jahren Haft verurteilt. Er avancierte zum prominentesten politischen Häftling im Land, seine Freilassung im August 2008 leitete eine Periode der Liberalisierung in Weißrussland und eine Annäherung zwischen Weißrussland und der EU ein.</p>
	<p>Der Versuch der VDK, über ein sog. Anti-Krisen-Programm der Opposition die politische Initiative zurückzugewinnen, ist gescheitert. Das Programm kam viel zu spät, ist viel zu statisch und als Wirtschaftsprogramm der Koalition</p>	<p>Kozulin war kurz vor seiner Freilassung durch einen innerparteilichen Coup seinerseits als Vorsitzender der Sozialdemokraten gestürzt worden und sucht seitdem nach einer politischen Heimat. Ob der kürzlich gestartete Versuch,</p>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BELARUS

STEPHAN MALERIUS

24. Juli 2009

www.kas.de

einen radikal-konservativen Block mit dem Namen „Unser Belarussisches Haus“ zu gründen, erfolgreich ist, darf bezweifelt werden. Kozulin will sich dabei auf einflussreiche Gruppen in der demokratischen belarussischen Intelligenz stützen, zu der er bislang jedoch keine Affinität besaß. Im Gegenteil: Er gehörte in den 90er Jahren eindeutig zu der russischsprachigen Nomenklatura im Land. Hinzu kommt, dass Kozulin kein eigenes politisches Profil besitzt und programmatisch austauschbar scheint. Es ist zu erwarten, dass er auf seinen Nimbus als politischer Gefangener und auf seine dadurch gewachsenen europäischen Kontakte bauen wird. Innenpolitisch steht er den Vereinigten Demokratischen Kräften nahe, propagiert einen kompromisslosen Widerstand gegen das Regime Lukschenko und besitzt keine klare Position in der Frage einer europäischen Ausrichtung von Weißrussland.

Kooperation oder Opposition zum Regime

Zusammengefasst gibt es zwei Bereiche, in denen die beiden konkurrierenden Gruppen in der weißrussischen Opposition über die letzten Monaten Profil gewonnen haben: die europäische Ausrichtung des eigenen Landes und eine mögliche Zusammenarbeit mit Lukaschenko. Beide Bereiche sind eng miteinander verknüpft.

Nachdem beschlossen ist, dass Weißrussland am Programm der Östlichen Partnerschaft teilnehmen wird und auch die EU-Sanktionen gegen die Führungsschicht des Landes weiter ausgesetzt bleiben, ist es möglich, dass das Thema „Europa“ die innenpolitische Diskussion in den nächsten Monaten prägen und 2010 auch zu einem zentralen Wahlkampfthema avancieren wird. Lukaschenko versucht in erprobter Manier, das Thema selbst zu besetzen, er ist in den vergangenen Wochen nicht müde geworden zu betonen, wie nützlich die Östliche Partnerschaft für Weißrussland sei. Damit versucht er wie in der Vergangenheit bei anderen Themen, der demokratischen Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen. Diese hatte noch im Herbst 2007 einen „Europäischen Marsch“ zu einer

Demonstration gegen Lukaschenko zu nutzen versucht. Mittlerweile erklären sich sowohl Milinkiewitsch als auch die Christdemokraten bereit, beim Thema Europa mit Lukaschenko zusammenzuarbeiten. Und auch Lukaschenko hat kürzlich Milinkiewitsch öffentlich als einen konstruktiven Politiker bezeichnet.

Sieht man jedoch genauer hin, offenbaren sich grundlegende Unterschiede in den Positionen. Während Lukaschenko ausschließlich an finanzieller und technischer Unterstützung der EU interessiert ist sowie daran, weißrussische Produkte möglichst ungehindert auf dem europäischen Markt absetzen zu können und sich sämtliche Forderungen der EU (nach demokratischen Reformen etc.) verbittet, geht es der Gruppe um Milinkiewitsch um die Erhaltung der staatlichen Unabhängigkeit, um Demokratisierung von Weißrussland und die Respektierung von grundlegenden Menschenrechten. Deshalb wird es für die pro-europäische Opposition in den nächsten Monaten extrem wichtig sein, diese Unterschiede überzeugend herauszuarbeiten und nicht bei bloßen Verlautbarungen stehen zu bleiben, sondern die eigene Position auch mit Strategien und konkreten Konzepten zu verbinden.

Die traditionelle Opposition der Vereinigten Demokratischen Kräfte befindet sich dagegen in einem klassischen Dilemma. Nach Jahren des verbissenen Widerstands gegen Lukaschenko ist es für sie unvorstellbar, mit ihm zusammenzuarbeiten. Sie sieht den Rücktritt oder Abgang von Lukaschenko als die einzig denkbare Lösung für Weißrussland. Gleichzeitig schließt etwa der Vorsitzende der VBP ein revolutionäres Szenario aus und gesteht ein, dass sich sein Land aller Voraussicht nach evolutionär verändern wird. Eine Vision, wie eine solche evolutionäre Veränderung vor allem personell aussehen könnte, hat er allerdings nicht.

Für Europa scheint es wichtig, die Kräfte im Land zu unterstützen, die das Land näher

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BELARUS

STEPHAN MALERIUS

24. Juli 2009

www.kas.de

an die EU bringen wollen. Sie befinden sich sowohl in der gegenwärtigen Regierung als auch bei Teilen der Opposition. Der vorsichtige Dialog, der sich im Land zwischen beiden Lagern entwickelt hat, sollte gestärkt werden, Europa kann hier durchaus versuchen, als Moderator zu agieren.